



CDU BADEN-
WÜRTTEMBERG

ARGUMENTE ZUR LANDESPOLITIK

Die Hauptschule hat Zukunft!

CDU-geführte Landesregierung bewilligt 26 Mio. Euro jährlich für Maßnahmen zur Stärkung der Hauptschule

Die CDU befürwortet weiterhin das differenzierte Schulsystem mit Grundschulen, Hauptschulen, Realschulen, Gymnasien und Sonderschulen. [...]

Wir geben auch in Zukunft der Vielfalt den Vorrang vor der Vereinheitlichung und überschaubaren sowie wohnortnahen schulischen Einrichtungen Vorrang vor großen, oft wohnortfernen Schulzentren.

Bildung und Erziehung und die Vermittlung der Wichtigkeit von Bindungen gelingen in einem vertrauten Umfeld leichter als in der stärkeren Anonymität großer Einrichtungen. Eine zentrale Aufgabe für die Zukunft ist es, Kindern aus unteren Einkommenschichten bessere Voraussetzungen für schulischen und damit späteren beruflichen Erfolg zu schaffen. Wo [...] eine wohnortnahe Schulinfrastruktur nur schwer aufrecht zu erhalten ist, braucht es die intensive Zusammenarbeit von Städten und Gemeinden als Schulträger und dem Land, um der jeweiligen Situation vor Ort zu begegnen. Dies betrifft vor allem die Hauptschulen. Die Hauptschule bereitet gerade im ländlichen Raum immer noch einen großen Teil junger Menschen auf handwerkliche Berufe vor. Daneben stellt eine Schule im Ort auch ein Stück Kultur und Infrastruktur dar, ein Anknüpfungspunkt für das dörfliche Leben - wie bspw. für die Vereine im Ort -, der nicht zu leicht aufgegeben werden darf.

Auszug aus dem Grundsatzprogramm der CDU Baden-Württemberg
(Beschluss des 55. Landesparteitages, 25./26. Oktober 2006 in Pforzheim)

Stärkung der Hauptschule

Wer die Zusammenlegung aller Hauptschulen mit Realschulen und Gymnasien fordert, der sollte den Menschen auch sagen, dass es dann mindestens 600 heute kleinere Hauptschulen nicht mehr geben wird, während an wenigen zentralen Orten zusätzlicher Schulraum geschaffen werden muss.

Die **CDU setzt deshalb auf die Stärkung der Hauptschulen**. Mit einem umfassenden Maßnahmenpaket soll die schulische Ausbildung der Hauptschülerinnen und Hauptschüler entscheidend verbessert und dadurch ihre **Chancen auf dem Arbeitsmarkt erhöht** werden. Die gesamte Hauptschulzeit wird durchgängig geprägt sein von **gezielter Förderung, Lernstandserhebung und Ausbildungsnähe**.

300 Pädagogische Assistenten unterstützen Lehrkräfte

Um eine individuellere Förderung der Schülerinnen und Schüler zu ermöglichen, führen wir **Pädagogische Assistenten** ein – eine „**Innovation ohne gleichen**“, wie Ministerpräsident Günther H. Oettinger betont. Sie sollen die Lehrkräfte entlasten, indem sie unterstützend Schülerinnen und Schüler, die Schwierigkeiten mit dem Lernstoff haben, parallel zum Unterricht intensiv fördern. Außerdem werden **305 Stellen für Hauptschullehrer** entsperrt. Diese werden über die kommenden drei Schuljahre für den erweiterten Pflichtunterricht zugunsten der Basisqualifikationen und die flächendeckende Einführung des Praxiszuges zusätzlich benötigt.

Die Pädagogischen Assistenten sind keine eigenverantwortlich unterrichtenden Lehrkräfte. Sie werden vor allem in den Fächern Deutsch und Mathematik eingesetzt. In Absprache mit dem Klassenlehrer sind sie beispielsweise für **besondere Fördermaßnahmen** verantwortlich, arbeiten in jahrgangsübergreifenden Klassen mit und unterstützen die Lehrkräfte bei Verhaltensauffälligkeiten von Schülerinnen und Schüler während des Unterrichts.

Gesamtpaket zur Stärkung der Hauptschule in Höhe von 26 Mio. Euro jährlich

Der Ministerrat hat einem Gesamtpaket zur Stärkung der Hauptschule zugestimmt, das ab nächstem Schuljahr schrittweise umgesetzt wird. Insgesamt werden für alle Maßnahmen **Mittel in Höhe von 26 Mio. Euro jährlich** zur Verfügung gestellt. Das **Gesamtpaket umfasst 40 Mio. Euro aus Steuermehreinnahmen**, die für die Finanzierung der Pädagogischen Assistenten eingesetzt werden.

Zusammenarbeit zwischen Hauptschulen und Realschulen ausbauen

„Aus den intensiveren **Kooperationen zwischen Haupt- und Realschulen** ergeben sich in Zukunft für die Hauptschülerinnen und Hauptschüler zusätzliche Möglichkeiten, die mittlere Reife zu schaffen“, betont Kultusminister Helmut Rau. Nach dem Schulgesetz sind Kooperationen in Schulverbänden bereits möglich. Sie werden bereits an rund 60 Standorten praktiziert. Diese **Kooperationen soll zukünftig weiter ausgebaut** werden. Sie bietet neben einer unkomplizierten Zusammenarbeit zwischen den Schularten

zahlreiche Möglichkeiten, die **Qualität des schulischen und außerschulischen Angebots zu verbessern**.

Es sollen **schulartübergreifende Unterrichtsangebote**, schulartübergreifende Gruppenbildung, gemeinsame außerunterrichtliche Angebote (Bündelung des Einsatzes von Schulsozialarbeit, Jugendbegleitern, AG-Angeboten, Hausaufgabenbetreuung) sowie schulartübergreifender Lehrereinsatz und Ganztagesbetrieb möglich sein. Eine gemeinsame Schulleitung ist wünschenswert.

Darüber hinaus ist beabsichtigt, durch eine gezielte Förderkonzeption am Ende der Klassenstufen 6 und 8 **Brücken zwischen den Schularten** zu schaffen. Dieses Kooperations- und Fördermodell soll **leistungsstarken Hauptschülern den Zugang zur Realschule** eröffnen. Elemente, wie die Diagnose des Leistungsstandes sowie die Bildungsempfehlung der Hauptschule für eine Teilnahme am Fördermodell, prägen das zukünftige Kooperationsmodell, das allen Hauptschülerinnen und Hauptschülern offen steht.

Mehr Unterrichtsstunden in Deutsch und Mathematik - Kompetenzanalyse und Praxiszüge flächendeckend

In den Klassen 5 und 6 wird der **Wissensstand der Hauptschülerinnen und Hauptschüler in Deutsch, Mathematik und Englisch ermittelt**, um anhand der Ergebnisse den ggf. notwendigen Förderbedarf festzulegen. In Klasse 7 folgt die Kompetenzanalyse. Ihre Resultate bilden eine Grundlage für die Beurteilung der persönlichen Kompetenzen und die Berufsorientierung. „Die Kompetenzanalyse vermittelt uns Erkenntnisse darüber, was die Schülerinnen und Schüler können. Sie fragt nicht nur danach, was sie nicht können“, unterstreicht Rau.

Mit der Einführung der **flächendeckenden Praxiszüge** in den Klassen 8 und 9 wird die Ausbildungsfähigkeit der Hauptschülerinnen und Hauptschüler entscheidend verbessert. Um die Basiskompetenzen zu stärken und die für den weiteren Berufsweg entscheidende Ausbildungsreife so früh wie möglich sicherzustellen, erhalten die Hauptschülerinnen und Hauptschüler **zukünftig mehr Unterricht in Deutsch und Mathematik**. Dazu wird die Kontingenzstundentafel flexibilisiert und um insgesamt drei Stunden in den Klassenstufen 5 und 6 erweitert. Hierfür werden **dauerhaft 172 Deputate eingesetzt** - ab dem Schuljahr 2007/2008 115 Deputate und im darauf folgenden Schuljahr 57 Deputate.

Projekt "SchuB" und Kooperationsklassen flächendeckend einführen

Außerdem wird das **Projekt Schule und Betrieb ("SchuB") flächendeckend für die Klassenstufen 8 und 9 eingeführt** werden, das gezielt auf die Anforderungen der betrieblichen Ausbildung vorbereitet. Das Konzept „SchuB“ wurde gemeinsam mit der Landesvereinigung baden-württembergischer Arbeitgeberverbände entwickelt, an Hauptschulen getestet und von der Pädagogischen Hochschule Ludwigsburg in einer wissenschaftlichen Expertise zum Einsatz in den Schulen empfohlen. Die bisher an 51 Standorten verankerten Kooperationsklassen zwischen Hauptschule und dem Berufsvorbereitungsjahr (BVJ) werden bis zum Schuljahr 2009/2010 an allen 175 BVJ-Standorten eingesetzt.

Ganztagsschulen werden bevorzugt an Hauptschulen eingerichtet

„Ganztagsschulen sind ein weiterer Weg, um schulische Förder- und Integrationskonzepte zu verbessern“, betonte Ministerpräsident Oettinger. Die Landesregierung setze bei ihrem Ausbauprogramm einen klaren Schwerpunkt auf die Hauptschulen. In diesem Jahr werden **44 Hauptschulen als Ganztagsschulen mit besonderer pädagogischer und sozialer Aufgabenstellung und 36 Hauptschulen als offene Ganztagsschulen eingerichtet**. Dafür werden im ersten Jahr insgesamt **52 Deputate** benötigt. Diese Zahl steigt Jahr für Jahr deutlich an.